

BDIZ EDI-Delegation im Dialog mit Vertretern von EU-Parlament und EU-Kommission

Brüsseler Spitzen

Nach 2006 reiste der BDIZ EDI erneut mit einer kleinen Delegation aus Repräsentanten der assoziierten Partnerverbände aus Europa und der Dentalindustrie nach Brüssel. Ziel war es, den Dialog mit Parlamentariern und Vertretern europäischer Organisationen fortzusetzen. Die Delegation hatte zudem die Möglichkeit, die Mechanismen von EU-Parlament und EU-Kommission hautnah zu erleben.

Dr. Alfred Büttner, der Leiter der europäischen Vertretung der Bundeszahnärztekammer, hatte in Abstimmung mit BDIZ EDI-Präsident Christian Berger für die Delegation ein straffes zweitägiges Programm zusammengestellt, das auf die Bedürfnisse der deutschen und europäischen Zahnärzte und der Implantathersteller zugeschnitten war.

So beschäftigte sich die BDIZ EDI-Delegation mit der Revision der Berufsanerkennungsrichtlinie, mit dem Aktionsplan „Gesundheitsberufe“, mit dem eHealth-Aktionsplan, der Revision der Medizinprodukte-richtlinie, mit der EU-Quecksilberstrategie und dem Verordnungsvorschlag Normung. Mit von der Partie waren der künftige Präsident des Partnerverbandes ADI UK aus Großbritannien, *Prof. Dr. Cemal Ucer*, das Vorstandsmitglied der SEI aus Spanien, *Prof. Dr. Fidel San Roman*, *Prof. Dr. Hakan Özyuvaci* aus der Türkei, Vertreter von Zahnärzteverbänden und -organisationen aus Deutschland sowie Repräsentanten der Dentalindustrie.

Themenkomplex Binnenmarkt

Dr. Büttner lieferte einen Überblick zu den aktuellen europapolitischen Entscheidungen, die konkret die Zahnmediziner in Europa betreffen. Ganz oben auf der Agenda: Die Revision der Berufsanerkennungsrichtlinie (BA-RL) aus dem Jahr 2005, die den maßgeblichen Rechtsakt für die gegenseitige Anerkennung von Berufsabschlüssen innerhalb der EU darstellt. Derzeit laufen seitens der federführenden Generaldirektion Markt der EU-Kommission ein breit angelegter Evaluierungsprozess, um die geplante Revision der Richtlinie vorzubereiten. ➔



Stippvisite des Hausherrn: BZÄK-Präsident Dr. Peter Engel (Stirnseite links) ließ sich von BDIZ EDI-Präsident Christian Berger über den Verlauf der Veranstaltung informieren.



Dr. Alfred Büttner



Dr. Frank Terwey



Übersetzung für die Professoren: (von links) Hakan Özyuvaci, Cemal Ucer und Fidel San Roman



Sara Roda vom Council of European Dentists (ganz links) stellt den CED vor.



Weithin sichtbar – die Legislaturperiode des aktuellen EU-Parlaments



Die Delegation auf dem Weg zum EU-Parlament; im Vordergrund Dr. Thomas Braun, BDIZ EDI-Pressereferentin Anita Wuttke, dahinter Uwe Gössling, Prof. Dr. Christoph Benz und Dr. Wilfried Beckmann



Nicht zu übersehen: der Besuchereingang



Erwartungsvolle Blicke auf das Herz der EU in Brüssel

Bis November 2011 soll der Binnenmarktausschuss des Europäischen Parlaments einen Initiativbericht über die Berufsankerkennung erhalten. „Der eigentliche Vorschlag zur Revision der Richtlinie wird voraussichtlich Ende 2011 bzw. Anfang 2012 erfolgen“, so Dr. Büttner. Die BA-RL habe in den Augen der EU-Kommission die gesetzten Erwartungen nicht voll erfüllt, weil sich die erhoffte Mobilität der Berufstätigen nur marginal verbessert ha-

be. Für die Zahnärzte seien im Rahmen der öffentlichen Konsultation brisante Fragen wie die Einführung Europäischer Berufsausweise und europäische Vorgaben für die Fort- und Weiterbildung aufgeworfen worden.

Themenkomplex „Gesundheitspolitik“

Im weiten Feld der Gesundheitspolitik steht laut Dr. Büttner der Ak-

tionsplan für Arbeitskräfte im Gesundheitswesen und als Folgeprozess das „Grünbuch Gesundheitsberufe“ auf der Agenda. Bis 2012 soll die EU-Kommission einen Aktionsplan vorlegen. Im Frühjahr 2011 sei die Richtlinie für grenzüberschreitende Patientenrechte in Kraft getreten. Die Mitgliedstaaten hätten nun bis Oktober 2013 Zeit, die RiLi in nationales Recht umzusetzen. Erstmals würden mit der RiLi auf europäischer Ebene Patientenrech-



MdEP Dr. Angelika Niebler und Christian Berger bei der Vorstellungsrunde im EU-Parlament



Dr. Angelika Niebler gewährte Einblicke in die Funktionsweise des EU-Parlaments und seiner Gremien.



Die BDIZ EDI-Delegation im EU-Parlament: (hinten v.li.): Dr. Alfred Büttner (BZÄK), Armin Vollmer (Straumann), Christian Berger (BDIZ EDI), Prof. Dr. Hakan Özyuvaci (Türkei), Dr. Thomas Braun (Geistlich), Prof. Dr. Fidel San Roman (Spanien), Prof. Dr. Christoph Benz (Bayerische Landes Zahnärztekammer, BLZK); (vorne von li.): Herbert Bibiza (bredent group), Uwe Gössling (BTI), Marc Oßenbrink (MIS), Prof. Dr. Cemal Ucer (Großbritannien), Dr. Wilfried Beckmann (PZVD), Birgit Dillmann (Friadent), Peter Knüpper (BLZK)



Hier arbeiten über 800 EU-Parlamentarier

te in einem verbindlichen Rechtstext definiert. Inhaltlich sei der Kompromisstext allerdings weniger ambitioniert als von Kommission und Parlament ursprünglich gefordert, so Büttner. So stünden den Mitgliedstaaten verschiedene Möglichkeiten offen, die Erstattung der Kosten oder die notwendige Vorabgenehmigung zu verweigern. „Dies betrifft etwa Zweifel an der Qualität einer Behandlung im Ausland oder übergeordnete Gründe.“ Dr. Alfred Büttner schnitt auch die Revision der EU-Quecksilberstrategie an. Ziel sei es, die Verwendung von Quecksilber in der EU aus Umweltschutzgründen zu reduzieren. Während einige EU-Staaten wie Schwe-

den oder die Niederlande ein gänzlich Verbot von zahnärztlichem Amalgam forderten, stoße das Ansinnen auf massive Widerstände aus Südeuropa. „Die zahnmedizinische Verwendung von Amalgam soll nach Vorstellungen der EU-Kommission jedoch nicht verboten werden“, so Büttner. Amalgam stehe vielmehr unter verstärkter Beobachtung. 2011 solle unter dem Aspekt des Gesundheitsschutzes eine wissenschaftliche Lebenszyklusbewertung erfolgen.

Besuch des EU-Parlaments

Wie funktionieren die Entscheidungsstrukturen auf europäischer

Ebene? Wie entstehen Richtlinien und Gesetze, die für den Wachstumsmarkt Gesundheit und darüber hinaus für die Zahnärzte in Deutschland und Europa relevant sind?

Die Abgeordnete des Europäischen Parlaments, Dr. Angelika Niebler aus München (CSU), gab vertiefende Einblicke in die Arbeit des Parlaments und der einzelnen Ausschüsse. Um eine Mehrheit im EU-Parlament zu erreichen, bedürfe es 356 Stimmen der Parlamentarier, die man vorher in den jeweiligen Ausschüssen – 20 Ausschüsse und 24 Sprachen – durch viele Gespräche und Kompromissbereitschaft herbeiführen müsse.



Gab als Dinner-Speaker interessante Einblicke: Dr. Joachim Wuermeling (Mitte) mit Peter Knüpper (li) und Christian Berger.



Blick auf einen Teil des großen Marktes in Brüssel

Die Delegation ließ sich im Gespräch mit *Arno Metzler*, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Freien Berufe und Mitglied des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses, über die freiberufliche Interessenvertretung in Europa aufklären (siehe Beitrag im Anschluss). Information über das Zusammenspiel der europäischen Institutionen EU-Parlament, EU-Kommission und EU-Rat aus Sicht der ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Brüssel lieferte deren Mitarbeiter für Gesundheitspolitik, *Thomas Grosse*. Die Delegation des BDIZ EDI staunte nicht schlecht über die von *Grosse* aufgezeigten komplexen Wege, der die Interessenwahrnehmung der Mitgliedstaaten am Beispiel Deutschlands aufzeigte.

Einer der Höhepunkte war sicherlich das Zusammentreffen mit *Dr. Joachim Wuermeling*, Mitglied der Hautgeschäftsführung des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft und Mitglied im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, der als langjähriger Europa-Abgeordneter und Kenner des europäischen Rechts als Dinner-Speaker über die Entwicklung im Gesundheitssektor sprach und den Binnenmarkt thematisierte.

Dr. Frank Terwey, Präsident der Social Insurance Partners Associa-

tion (ESIP), referierte über die europäische Gesundheitspolitik aus Sicht der Sozialversicherungsinstitutionen und kündigte eine Verschiebung im Bereich der nationalen Gesundheitssysteme in den Mitgliedstaaten an. Während der öffentliche bzw. staatliche Bereich Zug um Zug mehr Deregulierung erfahren würde, ginge der private Sektor den umgekehrten Weg. Strukturreformen seien deshalb notwendig, so *Terwey*, um einen gesunden Mix zu erreichen.

Kontakt zum Council of European Dentists

Interessant war insbesondere für die Repräsentanten der Partnerverbände des BDIZ EDI das Zusammentreffen mit *Sara Roda* vom Council of European Dentists (CED). Sie stellte die Strukturen und die Arbeit des europäischen Dachverbandes vor, der derzeit von insgesamt 26 europäischen Zahnärztekammern beziehungsweise -verbänden getragen wird. Ziele des CED sind die Interessenvertretung der Zahnärzteschaft in der EU und der direkte Kontakt zur EU-Kommission, beispielsweise zur Berufsanerkennungsrichtlinie, Medizinprodukterichtlinie und zur Amalgam-Thematik. Die Vertreter der Dentalindustrie interessierten sich insbesondere für die Themen rund um Binnenmarkt und Medizinprodukterichtlinie.

Fazit

Die beiden Tage in Brüssel empfanden die Delegation des BDIZ EDI als äußerst ereignis- und lehrreich. Für *Christian Berger*, Präsident des BDIZ EDI, stellt der wichtigste Meilenstein auf dem Weg zu mehr Freizügigkeit und Dienstleistungsfreiheit die Richtlinie zur „Ausübung der Patientenrechte in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung“ dar. Er thematisierte in den Gesprächen und Diskussionen die Kernbotschaft, die da lautet: Patienten dürfen ohne Vorabgenehmigung ihrer Krankenkasse grundsätzlich Gesundheitsdienstleistungen in allen Mitgliedstaaten in Anspruch nehmen und haben dabei einen Anspruch auf Kostenerstattung. *Berger*: „Was im Ausland möglich ist, sollte auch im Inland möglich sein: Kostenerstattung ohne bürokratische Hemmnisse oder finanzielle Einbußen. Wer es mit Entbürokratisierung ernst meint, sollte sie im Gesundheitswesen beginnen.“ Damit würde der BDIZ EDI auch dem europäischen Ziel des Verbandes ein Stück weit näher kommen: Implantologie auf hohem Niveau und mit hoher Qualität in einem freien Markt in Europa und ohne die Beschränkungen der deutschen gesetzlichen Krankenversicherung. ■